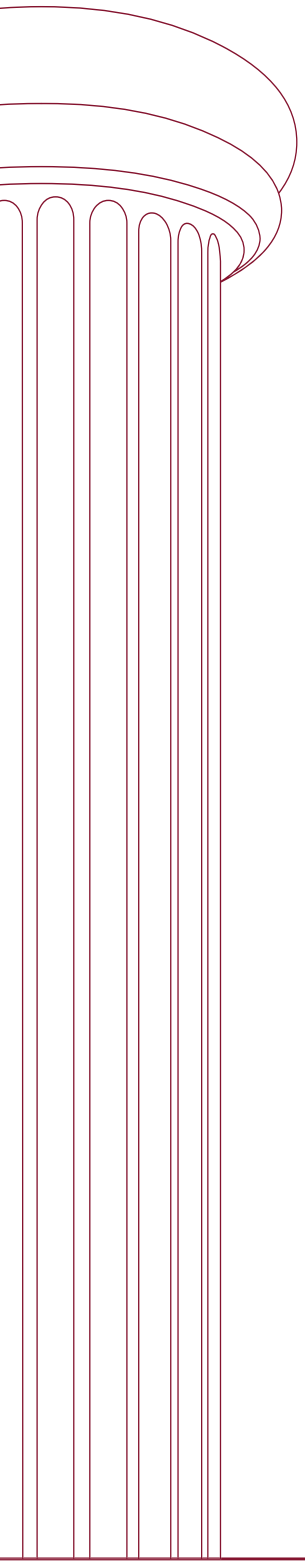
MAECENATA INSTITUT
FÜR PHILANTHROPIE UND ZIVILGESELLSCHAFT



Ansgar Klein, Eckhard Priller & Rupert Graf Strachwitz

Wir brauchen ein Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung

Ein Dossier

Opusculum Nr. 75
August 2014

Die Autoren

Ansgar Klein, geb. 1959,

studierte Soziologie in Frankfurt und Berlin, Habilitation in Politikwissenschaften an der Universität Bremen; Privatdozent für Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, Fellow des Maecenata-Instituts. Geschäftsführender Mitherausgeber des 1988 gegr. Forschungsjournals Soziale Bewegungen im Verlag Lucius & Lucius (Stuttgart), geschäftsführender Mitherausgeber der Buchreihe „Bürgergesellschaft und Demokratie“ im Springer-Verlag Wissenschaft (Wiesbaden) sowie geschäftsführender Mitherausgeber der Schriftenreihe des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement „Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis“ im Wochenschau-Verlag (Schwalmbach/Ts.). Publizist, Lektor und politischer Bildner; 1999-2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für politische Theorien (Prof. Rainer Schmalz-Bruns) der TU Darmstadt, 2000-2002 wissenschaftlicher Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion für die Enquete-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements; seit 2002 (Gründungs-) Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagements (BBE). Träger des Wissenschaftspreises der „Aktiven Bürgerschaft“; Mitarbeit in zahlreichen Beiräten und Gremien von Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Bundesregierung.

Eckhard Priller, geb. 1949,

Dr. oec. und Dr. sc. phil., Studium der Ökonomie und Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er beschäftigte sich als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität (1974-1978) und am Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften (1978-1991) mit methodologischen und methodischen Fragen soziologischer Forschung. Seit 1992 ist er am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung tätig und leitet seit 2008 die Projektgruppe Zivilengagament. Neben der Mitarbeit am internationalen Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project in den 1990er Jahren und an der Erstellung des „Berichts zur Lage und Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagaments in Deutschland“ leitete er eine Reihe von empirischen Projekten zur Dritte-Sektor-Forschung. Zahlreiche Publikationen, Lehrverpflichtungen sowie Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten.

Rupert Graf Strachwitz, geb. 1947,

Dr. phil., studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Kunstgeschichte an der Colgate University (USA) und Universität München. Er war viele Jahre ehren- und hauptamtlich in gemeinnützigen Organisationen tätig und gründete 1989 ein auf den gemeinnützigen Sektor spezialisiertes Beratungsunternehmen. Er ist seit 1997 Direktor des Maecenata Instituts, seit 2010 Vorstand der Maecenata Stiftung. Er war Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements’ (1999-2002), war Vizepräsident des Deutschen Caritasverbandes (1984/85), Mitglied des Stiftungsrates der Fondazione Cariplo, Mailand (1999-2007), Mitglied des Rates von EUROPA NOSTRA (1993-2011). Er lehrte an der Humboldt Universität zu Berlin, lehrt an den Universitäten Münster und Jena. Zahlreiche Gastvorträge und Publikationen (www.strachwitz.info)

Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank.
Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin. Von 2004 bis 2013 war das Institut in der Form eines An-Instituts an die Humboldt-Universität zu Berlin (Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften) angegliedert.

Weitere Informationen unter: www.institut.maecenata.eu

Die Reihe Opuscula

Die Reihe **Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. In der Publikationsstruktur des Maecenata Instituts hat die Reihe *Opuscula* neben den im Verlag Lucius&Lucius erscheinenden *Maecenata Schriften*, einen hohen Stellenwert. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für eine beständige Verfügbarkeit. Eine Übersicht der neuesten Exemplare erhalten Sie auf der letzten Seite jeder Ausgabe.

Die gesamte Reihe *Opuscula* finden Sie zum kostenlosen Download unter:
http://www.opuscula.maecenata.eu

Impressum

Herausgeber
MAECENATA Institut
Wilhelmstr. 67, D- 10117 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,

E-Mail: mi@maecenata.eu
Website: www.maecenata.eu
Redaktion: Christian Schreier

ISSN (Web) 1868-1840
URN: urn:nbn:de:0243-082014op754

Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz.
Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Maecenata Institut, Berlin 2014

Inhalt

Vorwort

Zivilgesellschaft: Praxis – Politik – Forschung: Ein Plädoyer

I. Staat und Markt
II. Eine dritte Arena
III. Zivilgesellschaft
IV. Zivilgesellschaftspolitik
V. Zivilgesellschaftsforschung

Exposé: Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung, Berlin

I. Das Ziel
II. Ausgangssituation
III. Aktuelle Lage
IV. Themen / Ansätze / Disziplinen
V. Chancen
VI. Standort Berlin
VII. Mitarbeit
VIII. Arbeitsprozeß

Forschungsagenda

I. Vorbemerkung
II. Zentrale Forschungsobjekte zivilgesellschaftlicher Forschung
III. Räumliche Betrachtungsebenen
IV. Themenfelder

Fragen beantworten
Situationen analysieren
Lösungen erarbeiten
Politik und Praxis unterstützen
Dialog ermöglichen
Zivilgesellschaft stärken

Schon seit Jahren erscheint die Gründung eines Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung als wichtiges Desiderat. Hier soll der zur Zeit dramatisch unterforschte Bereich empirisch und theoretisch interdisziplinär bearbeitet, der wissenschaftliche Nachwuchs an das Themenfeld herangeführt und sollen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien und insbesondere die Zivilgesellschaft selbst besser als bisher mit den notwendigen Grundlagen versorgt werden. Die einzelnen Zugänge (bspw. Engagementforschung, Philanthropieforschung, Bewegungsforschung usw.) sind besser aufeinander zu beziehen. Der internationale, transuniversitäre und interdisziplinäre Austausch sowie der Dialog mit der Praxis müssen einen Ort bekommen.

Die Maecenata Stiftung ist seit 2010 Trägerin des schon seit 1997 bestehenden Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft. Die Humboldt Universität zu Berlin hat 2012 auf Anregung und unter aktiver Mitarbeit des Maecenata Instituts die Gründung eines interdisziplinären Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung geplant. Dieses Vorhaben ist 2013 an Entscheidungen der Humboldt-Universität gescheitert.

Die Maecenata Stiftung will daher erneut versuchen, die Gründung eines solchen Zentrums voranzubringen. Hierzu dient das hier vorliegende Dossier. Die Maecenata Stiftung versteht sich als Impulsgeber. Ihr Anliegen ist die Stärkung der Zivilgesellschaft durch unabhängige, interdisziplinäre Grundlagenarbeit. Sie ist bereit, das bestehende Maecenata Institut in einer noch zu findenden Form in das Zentrum einzubringen.

Für das vorliegende Projekt, das Konzept eines Zentrums weiter zu entwickeln und geeignete Partner, Träger, Förderer und ideelle Unterstützer zu gewinnen, zeichnen gegenwärtig PD Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, Dr. Eckhard Priller, Leiter der Gruppe Zivilengagement am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Dr. Rupert Graf Strachwitz, Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, verantwortlich. An dem Projekt wird ständig gearbeitet, das Exposé dementsprechend weiter entwickelt. Insbesondere ist uns bewußt, daß zu Trägerschaft, personeller Ausstattung, Mittelbedarf und Finanzierung noch konkrete Aussagen zu erarbeiten sind. Für Anregungen und Ergänzungen, die sich aus der sehr erwünschten Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen bzw. anderen Einrichtungen ergeben, ist die Stiftung dankbar und offen.

Zivilgesellschaft: Praxis – Politik – Forschung

Ein Plädoyer

I. Staat und Markt

Gemeinnütziges Handeln hat im 21. Jahrhundert eine neue Dimension. Im 19. und 20. Jahrhundert war es eingebettet in die gesellschaftlichen Konzepte des National- und des Wohlfahrtsstaates. Diese Konzepte haben ihre Relevanz heute weitgehend eingebüßt. Nicht nur die Wirtschaft versteht sich heute global; auch die Lebenswelt der Menschen globalisiert sich, unterstützt von der modernen Kommunikation, unaufhörlich. Und selbst im öffentlichen Bereich gewinnen supranationale Zusammenschlüsse, zumal in Europa, immer mehr Bedeutung. Der Wohlfahrtsstaat kann das, was er einst versprochen hat, nicht mehr einlösen. Eigenverantwortung und Subsidiarität werden daher auch von denen eingefordert, die im Grunde den Machtverlust fürchten. Ein weiteres kommt hinzu: Das deutlich gestiegene Bildungsniveau hat, zumindest in Europa, eine Generation von Bürgerinnen und Bürgern heranwachsen lassen, die in der Lage ist, staatliches Handeln und die Geschehnisse am Markt kritisch zu hinterfragen.

Dem Staat kommen dadurch die Staatsbürger abhanden, die letztlich nur als Wähler und Steuerzahler geschätzt werden, im Übrigen aber von der *res publica*, den öffentlichen Angelegenheiten, möglichst ferngehalten werden sollen. Der Glaube an den alles überwölbenden, nur der Sache verpflichteten Staat, den Hegel im 19. Jahrhundert entwarf, ist gründlich erschüttert. Der geradezu manisch sicherheitsfixierte Überwachungsstaat tut ein Übriges, um die Bürgerinnen und Bürger abzuschrecken. Anders, als in den 1990er Jahren von manchen prognostiziert, bietet jedoch der Markt keine akzeptable Alternative. Spätestens seit 2007 wird den großen internationalen Konzernen, insbesondere den Finanzinstituten, aus guten Gründen mit immer größerer Skepsis begegnet. Die Skepsis scheint besonders ausgeprägt zu sein, wo Koalitionen zwischen Politik und Wirtschaft bestehen oder auch nur vermutet werden. Dabei wird zwischen den Programmen einzelner Parteien, Konzerne und Gruppierungen kaum differenziert. Für immer mehr Bürgerinnen und Bürger sind das alles „die da oben", denen ein fast völliges Fehlen eines Gemeinwohlinteresses und eine Fixierung auf Gewinnmaximierung und Machterhalt unterstellt wird.

Dieser Trend birgt erhebliche Gefahrenpotentiale in sich. Da die physische Emigration nur noch Einzelfällen gelingen kann, erscheint innere Emigration zunächst als naheliegender Ausweg. Davon machen nicht wenige Menschen Gebrauch, werden von *Citoyens* zu *Bourgeois*, kümmern sich nur noch um ihre eigenen Angelegenheiten und versuchen, aus dem System so viele Vorteile herauszuschlagen, wie sie nur können. Vor allem in der mittleren Generation scheint diese Option einige Attraktivität zu besitzen. Sollte diese überhandnehmen, bricht die Gesellschaft unweigerlich auseinander. Tritt das ein, hätte Thomas Hobbes mit seinem Verdikt Recht behalten. Es bedürfte eines starken Staates, um die Vielzahl der Egoisten zu bändigen – allerdings um den Preis der Freiheit, letztlich um den Preis eines lebenswerten Lebens, aber auch um den Preis all der Qualitäten und Errungenschaften, die nur in der Freiheit entstehen können, des Verlustes an nachhaltigem Innovationspotential zumal, dem einzigen „Rohstoff", über den Europa in hinreichender Menge verfügt. Unter der Knute kann sich Kreativität nicht

in ausreichendem Maß entwickeln. Die Jahre 1945 – 1989 in Mittel- und Osteuropa haben dies überdeutlich bewiesen.
Dennoch glaubt das politisch-administrative System überraschenderweise – und völlig unabhängig von unterschiedlichen Parteiprogrammen oder Regierungsverlautbarungen – mehrheitlich, daß mit perfekter Kontrolle über die ihm zugehörigen Menschen Staat zu machen sei und mit Wohlstand und Konsum genügend große Ventile vorhanden seien, um Menschen von einer aktiven Bürgerschaft fernzuhalten. Die Abqualifizierung des Wutbürgers als „Unwort" zeigt, wie wenig man bereit ist, selbst auf die wütenden Bürger zu hören, von denen, die die Wut noch nicht gepackt hat, ganz zu schweigen. Und ernsthaft zu glauben, das Schwenken von Fahnen bei Olympischen Spielen und Fußballmeisterschaften und die Anwesenheit von Politikern auf der Ehrentribüne könne das längst und mit guten Gründen verlorengegangene nationale Gemeinschaftsgefühl wieder aufleben lassen oder ersetzen, zeugt von einer ausgeprägten politischen Naivität. Auf keiner Ebene der Staatlichkeit, ausgenommen vielleicht in kleinsten ländlichen Gemeinden, wird, so muß man nüchtern feststellen, das Gemeinschaftsgefühl ausgebildet, das für den sozialen Frieden und die notwendige Inklusion aller zum Zusammenleben „Verurteilten" unerläßlich ist. Das als unabdingbar erkannte soziale Kapital einer Gesellschaft wird jedenfalls heute dort nicht gebildet.

II. Eine dritte Arena

Diesem dramatischen Befund steht die Erkenntnis gegenüber, daß für immer mehr Menschen Wohlstand und Konsum allein keine erstrebenswerten Lebensziele darstellen und daß zwar eine Ausdifferenzierung und Individualisierung der Lebensentwürfe stattgefunden hat, diese aber gerade nicht in Egoismus und Werteverlust, sondern im Gegenteil in eine intensive Suche nach Werten und nach Kollektivität mündet. Menschen versuchen, ihrem Leben einen Sinn zu geben, sehen dafür das ‚Wir' als den sehr viel geeigneteren Weg als das ‚Ich', suchen als Gegenpol zur globalen Welt die überschaubare, vertraute Gemeinschaft, vertrauen aber für beides weniger auf die Gemeinschaften, in die sie hineingeboren wurden, sondern vielmehr auf die, in die sie nach eigener Wahl eintreten und die sie bei Nichtgefallen auch wieder verlassen können.
Die Bürgerinnen und Bürger der Welt sind also nicht nur gezwungen, andere Kollektive zu bilden, die das zweifellos notwendige, aber vielfach als defizitär erkannte Handeln von Staat und Markt ergänzen und stellenweise ersetzen. Die Bildung solcher Kollektive entspricht auch ihren eigenen Bedürfnissen. Diese Kollektive erzielen nicht nur in Teilbereichen eine höhere Effektivität, indem sie dank des Einsatzes ohne materielle Entlohnung engagierter Menschen Leistungen anbieten, die die Gesellschaft benötigt. (Die Soziologie spricht hier vom *welfare mix* und der Funktion der Koproduktion.) Engagierte Menschen erstellen mit diesem Einsatz auch einen spezifischen Mehrwert. Zu diesem Mehrwert gehören u.a. Subsidiarität, Eigenverantwortung, Inklusion, Integration, Reputation, Partizipation, soziales Kapital, Beiträge zum gesellschaftlichen Wandel und die Förderung des gesellschaftlichen Friedens. Bürgerschaftliche Dienstleistungen als alleinige Erzeuger dieses Mehrwerts zu sehen, ist daher eine eklatante Fehleinschätzung.

Eine zukunftsorientierte, an dem Perspektiven der Bürgerinnen und Bürger orientierte Politik muß sich auf diese grundlegenden Veränderungen einstellen. Anstatt einem Staatsverständnis nachzutrauern, das schon Max Weber mit dem Begriff der totalitären Demokratie ironisiert

hat, muß politisches Denken heute die Existenz, Akzeptanz und Wachstumsprognose dieser dritten Arena kollektiven gemeinschaftsorientierten Handelns ins Kalkül ziehen. Anstatt zu glauben, mit Rezepten des traditionellen Korporatismus, mit der Erzeugung von Abhängigkeiten oder der Verdrängung oder Ausblendung aller unbequemen oder allzu selbständigen Teile dieser Arena den Prozeß aufhalten zu können, sollte verantwortliche Politik Szenarien entwerfen, in denen der Stellenwert dieser dritten Arena angemessen berücksichtigt wird. Dazu gehört auch, daß Sonntagsreden und Werktagshandeln nicht auseinanderfallen dürfen, denn das wird von den Bürgerinnen und Bürgern schnell als respektlos und unwahrhaftig entlarvt. Sonntags über Anerkennung zu schwadronieren, im Übrigen aber den Akteuren mit Kontrollen und Misstrauen zu begegnen, passt nicht zusammen.

Schon 1976 hat Ernst-Wolfgang Böckenförde darauf hingewiesen, dass der säkulare Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann. Er hatte bei dieser Aussage vor allem die religiöse Bindung im Blick, die Werte vermittelt und zu Handlungen motiviert, wie dies der moderne Verwaltungsstaat und die globale Marktwirtschaft nicht vermögen. Diese Voraussetzungen erbringt in einem modernen Verständnis diese dritte Arena. Im angelsächsischen Raum wird dafür gern das Bild des *Three-Legged Stool*, des Schemels mit drei Beinen gebraucht, der sich eben dadurch besonderer Stabilität erfreut. Ohne das dritte Bein kippt, um im Bild zu bleiben, der Schemel um. Es geht hier also nicht um etwas nettes, aber marginales, sondern um etwas unverzichtbar Notwendiges. Was ehemals eine nette Randerscheinung der Gesellschaft war, ist heute unter dem noch unvollkommen definierten Begriff Zivilgesellschaft ein dynamischer Akteur im öffentlichen Raum. Diese Zivilgesellschaft wächst, weil sich hier Menschen immer stärker engagieren. Sie ist ein starker Partner von Staat und Markt. Für den notwendigen sozialen Wandel im 21. Jahrhundert ist sie unverzichtbar. Keiner der vielen ernst zu nehmenden Entwürfe für eine künftige Gesellschaft, die in diesen Jahren vorgelegt wurden und werden, kommt daher ohne zivilgesellschaftliche Komponente aus.

III. Zivilgesellschaft

Die unübersehbare Vielfalt von Initiativen, Bewegungen, Vereinen, Verbänden, Stiftungen und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft ist zu einer Arena geworden, in der sich das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für das allgemeine Wohl artikuliert und konkretisiert. Die Akteure sind höchst unterschiedlich; dies ist nicht zu übersehen. Darin unterscheiden sie sich nicht von den Akteuren in den anderen beiden Arenen. Auch zwischen dem Handwerksmeister und dem internationalen Großkonzern, oder zwischen der Europäischen Kommission und einer kleinen Gemeinde bestehen offenkundige gravierende Unterschiede, die jedoch den Blick für die jeweilige gemeinsame Handlungslogik nicht verstellen dürfen. Dies gilt insbesondere angesichts der unterschiedlichen Funktionen, die zivilgesellschaftliche Organisationen ausüben können. Neben Dienstleistern stehen Themenanwälte und Wächter, neben Selbsthilfe- und Mittlerorganisationen stehen solidaritätsstiftende Vereinigungen und Keimzellen der politischen Deliberation. Von diesen nur einen Teil in den Blick zu nehmen oder sie nur an ihrer Nützlichkeit für den Staat zu messen, ist nicht nur realitätsfern, sondern auch unredlich und letztlich auch unvernünftig. Zivilgesellschaft hat nicht nur dort einen Wert, wo sie stabilisierend oder integrierend wirkt, sondern gerade auch dort, wo sie subversiv oder mit den Mitteln des Protests auf Veränderungen hinarbeitet. Die Bürgerrechtsbewegungen Mittel- und Osteuropas sind dafür ein gutes Beispiel.

Der historische Begriff der Civil Society hat mehrfach einen Bedeutungswandel erfahren. Es ist daher nicht unproblematisch, in der Begrifflichkeit unmittelbar an die politischen Philosophen der Antike oder der schottischen Aufklärung anzuknüpfen. Eher taugt erstaunlicherweise die Gedankenwelt Antonio Gramscis dazu, ein begriffliches Fundament für die Jetzt-Zeit zu legen. Seit den 1970er Jahren haben insbesondere amerikanische und europäische Theoretiker der Politik die Grundlagen für eine moderne Theorie der Zivilgesellschaft gelegt. Zu nennen sind Jürgen Habermas ebenso wie Amitai Etzioni, Robert Putnam, Anthony Giddens und viele andere. Empirische Sozialwissenschaftler haben in zahlreichen Studien die weltweite ökonomische und soziale Relevanz der Zivilgesellschaft nachgewiesen. Doch haben wir es bis heute nicht mit einem universell bedeutungsidentisch akzeptierten Begriff zu tun. Gerade in Deutschland wird einerseits die Frage gestellt, ob Zivilgesellschaft nicht viel eher eine Handlungslogik im Sinne von Civilität darstellt, während andererseits manchen das Wort ‚Bürgergesellschaft' eher eine richtige Übersetzung des Begriffs *Civil Society* erscheint. Zur Klärung der Begriffe und zur Unterscheidung des normativ wünschbaren vom tatsächlichen Befund wäre es hilfreich, hierüber einen Konsens zu finden. Bürgergesellschaft könnte eine Gesellschaft bezeichnen, die von den Bürgerinnen und Bürgern her gestaltet und bestimmt wird. Zivilgesellschaft dagegen – so entspricht es dem international ganz überwiegenden Sprachgebrauch – könnte für die die dritte Arena stehen, in der neben Markt und Staat kollektives gemeinschaftsorientiertes Handeln stattfindet.

Betrachtet man den spezifischen Mehrwert, den die Zivilgesellschaft erbringt und setzt diese in Beziehung zu den Werten, die in der Sinnsuche der Menschen prominent vertreten sind, so ergibt sich ein hoher Grad an Übereinstimmung. Dies wird durch die Beobachtung gestützt, dass religiöse – nicht unbedingt kirchliche – Bindungen nach wie vor das stärkste Motiv bilden, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Dieses Engagement wiederum findet zu 80% in der Zivilgesellschaft statt. Die moderne Zivilgesellschaft umfasst ein breites Spektrum von Organisationen und wenig organisierten Bewegungen, die oft in mehrfacher Hinsicht einen Mehrwert erbringen und aus ganz unterschiedlichen Ansätzen heraus aktiv sind. Anders ausgedrückt: Die seit 200 Jahren zurückgehende Dominanz der Kirchen in der Bereitstellung von gesellschaftlichen Wertegerüsten hat den Aufstieg der modernen Zivilgesellschaft mit bedingt.

Es kann kein Zweifel bestehen, dass ein Verzicht auf diese Zivilgesellschaft bzw. deren Unterdrückung gesellschaftlich höchst unerwünschte Folgen hat und zu einem Zusammenbruch einer Gesellschaft führen kann. Dies gilt es, durch eine Stärkung, Konsolidierung und Entwicklung der Zivilgesellschaft zu verhindern. Die Tatsache, dass sich in Deutschland (mit steigender Tendenz!) 23 Millionen Bürgerinnen und Bürger auf unterschiedliche Art engagieren, gibt Anlass, für diese Bemühungen hohe Erfolgschancen zu prognostizieren. Dies gilt umso mehr, als sich die jüngere Generation zunehmend aufmacht, nach Werten zu suchen, unter denen Empathie, Konsensfindung, Respekt, Schenken und Sich Engagieren besondere Attraktivität zu besitzen scheinen. Kurz: Das ‚Wir', einer der wesentlichen Handlungsstränge der Zivilgesellschaft, erhält gegenüber dem ‚Ich' eine immer höhere Priorität.

IV. Zivilgesellschaftspolitik

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als erstaunlich, dass in der Politik ebenso wie in den Medien Zivilgesellschaft einen so geringen Stellenwert einnimmt, in Deutschland übrigens noch weniger als in anderen Ländern. Die ungenügende politische Auseinandersetzung wird dadurch zusätzlich verschärft, dass am ehesten noch diejenigen gehört werden, die die Interessen der zivilgesellschaftlichen Organisationen vertreten – zu Lasten derer, die weniger oder gar nicht organisiert sind. Allein die Europäische Union bemüht sich wenigstens, mit Hilfe jedermann zugänglichen Anhörungsverfahren diesem Missverhältnis abzuhelfen, auch wenn diese noch sehr unvollkommen ausgestaltet sind. Im Übrigen sind erweiterte Beteiligungsverfahren, die in der Reflexion zu ‚Stuttgart 21' diskutiert werden, selbst dann nicht der Schlüssel zu einer Verbesserung der Bürgerpartizipation, wenn sie nicht dem Prinzip „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass" folgen. Denn sie vernachlässigen in jedem Fall den Selbstermächtigungs- und Selbstorganisationsgrundsatz zivilgesellschaftlichen Handelns und unterschlagen die Funktion dieser Arena als Ort der politischen Deliberation.

Wohlgemerkt: Interessenvertretung ist durchaus legitim. Auch Zivilgesellschaft braucht eine Lobby! Diese kann jedoch keinesfalls einen allgemeinen breiten Diskurs ersetzen. Zwar haben sich, seit 2002 die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements' ihren Bericht vorgelegt hat, Akteure der Zivilgesellschaft stärker vernetzt. Das 2005 gegründete Bündnis für Gemeinnützigkeit führte die Dachverbände der Zivilgesellschaft zu gemeinsamer Aktion zusammen, blieb jedoch ein Instrument relativ weniger großer Lobby-Verbände (bspw. des Deutschen Olympischen Sportbundes, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, des Deutschen Kulturrates, des Deutschen Naturschutzrings, des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen usw.) und tendiert dazu, eher die Interessen der dort tätigen Funktionäre als die der Zivilgesellschaft insgesamt zu vertreten. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), das tendenziell einen größeren Teil der organisierten Zivilgesellschaft und insbesondere deren nicht in Verbänden organisierten Teile aufnehmen könnte und zudem einen Ort des Austauschs zwischen den Akteuren aus Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft darstellt, blieb bis heute hinsichtlich seiner Finanzierung von den stark schwankenden Sympathien der politischen Entscheidungsträger abhängig.

Insofern geht es nicht nur darum, dass die anderen Arenen stärker auf die zivilgesellschaftliche Arena achten. Zu einer allgemeinen Zivilgesellschaftspolitik gehört auch, dass die Akteure sich einerseits „im Modus der Belagerung" (Jürgen Habermas) die ihnen zustehende Stellung erkämpfen, andererseits aber auch die nach wie vor defizitäre Vernetzung und das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Akteure weiter entwickeln. Diese Defizite sind neben dem traditionalistischen politischen Blick, der nur einen Teil der Akteure und auch diese nur zum Zwecke der Indienstnahme umfasst, dafür verantwortlich, dass in Deutschland eine kohärente Zivilgesellschaftspolitik nicht erkennbar ist. Gesetzliche Rahmenbedingungen und öffentliches Bewusstsein orientieren sich vielmehr an überholten Klischeevorstellungen, an Klientelpolitik („die Vereine im Wahlkreis"), an Misstrauen, Angst vor der fortschreitenden Entstaatlichung von Politik und Sorgen um den Machterhalt staatlicher Organe. Zudem wird in instrumenteller Verkürzung das Engagement als Ressource der Koproduktion beansprucht. Das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure dagegen folgt allzu oft tatsächlich oder angeblichen ökonomischen Zwängen, manchmal auch gravierenden Missverständnissen über die eigene Aufgabe.

Der im September 2013 gewählte Deutsche Bundestag wird eine neuere Entwicklung begünstigen. Anstatt die Regierung zu kontrollieren, anzutreiben oder auch zu bremsen, ist das Parlament zu einer weitestgehend seiner Eigenständigkeit beraubten Institution geworden, deren wesentliche Aufgabe darin besteht, Vorlagen der Regierung zu billigen. Dies gilt selbst für Änderungen des Grundgesetzes. Die kleine Opposition verfügt weder über Möglichkeiten noch über Instrumente, um die Regierungstätigkeit wirksam zu kontrollieren. Außerparlamentarische Opposition, unter anderen Vorzeichen und mit anderem Habitus als von 1966 – 1969, erhält dadurch ein ungleich größeres Gewicht. Auf die Zivilgesellschaft kommt daher in verstärktem Maße eine Wächterfunktion zu! Sie muss für funktionierende *Checks and Balances* sorgen, zu dem das staatliche System, Parlament und Regierung, allein nicht mehr in der Lage ist. An dieser Aufgabe, zu der sich die schon traditionellen Funktionen der Wächter (bislang eher den Verbraucherschutz betreffend) und der politischen Deliberation vereinen, werden sich zahlreiche große und kleine Akteure beteiligen wollen und müssen. Das politische System der Bundesrepublik Deutschland wird sich dadurch, so kann erwartet werden, nicht unwesentlich verändern.

Die Koalitionsvereinbarung der im Dezember 2013 vereidigten Bundesregierung enthält an mehreren Stellen Hinweise auf Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Sie stellt u.a. fest: „Unser Gemeinwesen ist auf die Zivilgesellschaft und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen." Der Tenor der Ausführungen hat sich gegenüber früheren Dokumenten dieser Art leicht verbessert, doch bleiben zwei wichtige Einwände bestehen: Zum einen ist aus den daran anschließenden Sätzen ersichtlich, dass die Regierung nach wie vor fast ausschließlich die Dienstleistungs- und Mittlerfunktionen der Zivilgesellschaft im Blick hat und das Partizipationsthema vom Engagementthema zunehmend ablöst. Zum zweiten äußert sich das Dokument nur vage zu Anerkennungen und Ehrenamt, gibt aber kaum Hinweise darauf, was konkret geplant ist. Es kann angenommen werden, dass dies auch der Regierung – mangels entsprechender Sachkenntnis – noch nicht bekannt ist.

V. Zivilgesellschaftsforschung

Dies alles bedarf dringend der wissenschaftlichen Begleitung. Wir wissen über Engagement und Zivilgesellschaft im Grunde viel zu wenig, benötigen aber ein fundiertes Wissen über Engagement in seinen zivilgesellschaftlichen Kontexten und über die intermediären Funktionen der Zivilgesellschaft für Staat und Wirtschaft. Vergleicht man etwa allein die messbare wirtschaftliche Bedeutung der Zivilgesellschaft, die rd. 1,5 Millionen Arbeitsplätze bereithält und rd. 5% des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet, mit der von Wirtschaftszweigen, so fällt das Missverhältnis in der wissenschaftlichen Begleitung ins Auge, von der weitergehenden Bedeutung noch gar nicht zu reden.

Zu konstatieren ist daher eine eklatante Fehlallokation öffentlicher Mittel. Weder Grundlagen- noch angewandte Forschung konnten mit der praktischen Entwicklung Schritt halten, obwohl sich zahlreiche Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler in zahlreichen Disziplinen für dieses Themenfeld interessieren. Die meisten müssen die Erfahrung machen, dass sie nach erfolgreicher Bearbeitung in einer Qualifizierungsarbeit (Masterarbeit, Dissertation) gegen ihren Willen dem Thema untreu werden müssen, um beruflich voranzukommen. Über-

dies sind wichtige Grundsatzdiskussionen bislang noch gar nicht oder nur in kleinen wissenschaftlichen Zirkeln geführt worden. In welchem Verhältnis stehen beispielsweise eine ökonomische, an Impact und Effizienz zu messende Betrachtungsweise zu einem liberalen, am Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit oder andererseits zu einem demokratietheoretischen, Inklusion und Partizipation in den Mittelpunkt stellenden Ansatz? Wie steht es um die spezifische Handlungslogik der Zivilgesellschaft, etwa um das Schenken von Empathie, Ideen, Wissen, Reputation, Zeit und materiellen Werten? Droht diese von Sachzwängen in den Hintergrund gedrängt zu werden? Muss dies im Sinne des zivilgesellschaftlichen Mehrwerts verhindert werden? Ist die Zivilgesellschaft in der Lage, die Wächterfunktion auszuüben, die ihr international, aber angesichts der schwachen Opposition der parlamentarischen Opposition im Bundestag auch speziell in Deutschland immer dringlicher zugemessen wird?

Die fehlende Bearbeitung in den Medien trägt naturgemäß erheblich dazu bei, dass Fragen dieser Art zum Teil nicht beantwortet werden können. Über Reportagen – sei aus auf lokaler Ebene, sei es im Falle spektakulärer Ereignisse – kommt die mediale Wahrnehmung fast nie hinaus. Vorurteilsbeladene Kritik bestimmt die wenigen Kommentare, selbst in den seriösesten Medienorganen. Es muss davon ausgegangen werden, dass grundlegende Verbesserungen dann keimen können, wenn der Mediendiskurs an Regelmäßigkeit und Qualität zunimmt.

Zivilgesellschaftliches Handeln wird in diesem Jahr, so kann mit Sicherheit prognostiziert werden, die öffentliche Diskussion weltweit stärker prägen als jemals zuvor. Die Protestbewegungen in Ägypten, der Türkei, der Ukraine, Thailand und an anderen Orten werden nicht zuletzt dazu beitragen. Es gilt daher, diese Diskussion qualifiziert zu führen.

Insofern ist die Verbesserung, Erweiterung und Bündelung der Forschung zu Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement nicht nur ein wissenschaftspolitisches Desiderat, sondern hat auch eine gesamtpolitische Dimension von hoher Priorität. Gelingt es nicht, die Gesellschaft als den besagten stabilen dreibeinigen Schemel zu konstruieren, sind alle technokratischen Reformen wenig erfolgversprechend. Gelingt es nicht, die selbstermächtigte, selbstorganisierte Partizipation an der *res publica* zu einem gleichrangigen Teil der Befassung zu machen, sind Gegenbewegungen mit unabsehbaren Folgen unausweichlich. Praxis, Politik und Forschung müssen hierzu ineinander greifen.

Erstaunlicherweise hat dies die Wirtschaft schneller erkannt. In den großen, international operierenden Konzernen werden Überlegungen angestellt, wie mit Protestbewegungen konstruktiv zusammengearbeitet werden kann. Daß auch diese mit dem Community Work, das in manchen, zumal amerikanisch dominierten Konzernen eine immer größere Rolle spielt, zusammenhängen, wird zunehmend erfaßt. In der staatlichen Arena sind es die Praktiker – von den Kommunalverwaltungen bis zum Bundesverteidigungsministerium – die intensive Überlegungen zur verstärkten Kooperation anstellen und Modelle erproben. Auf der Ebene der nationalen Politik steht dies weitgehend aber noch aus. Es ist zu hoffen, daß über Wissenschaft und Publizistik die Voraussetzungen für einen Paradigmenwechsel geschaffen werden.

Es bedarf eines inter- und transdisziplinär ausgerichteten Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung, das die notwendige Grundlagenarbeit leistet und die Zivilgesellschaftsforschung national und europäisch vernetzt.

Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung

Exposé

I. Das Ziel

Angesichts der exponentiell wachsenden Bedeutung der Zivilgesellschaft für den gesellschaftlichen Wandel in Deutschland, Europa und weltweit brauchen wir einen Ort, an dem sich die dafür notwendige Grundlagenarbeit, Forschungsinfrastruktur und Forschungspraxis vernetzt. Wir müssen Zivilgesellschaftsforschung europäisch und international strategisch organisieren.

Wir brauchen

- einen Ort der Forschungsinfrastruktur,
- einen europäischen Knotenpunkt in einem internationalen Netzwerk,
- einen Diskursort für unterschiedliche Zugänge, Positionen und Teilbereiche,
- einen Ort der Kommunikation zwischen Forschung, Praxis, Politik, Medien, Multiplikatoren und interessierter Öffentlichkeit,
- eine Anlaufstelle für Interessenten aus Wissenschaft und Praxis,
- eine Trägerinstitution für Projekte von älteren und Nachwuchswissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen,
- eine Trägerschaft für nachhaltige wissenschaftliche Basis- und Infrastrukturprojekte ebenso wie für Langzeitvorhaben,
- eine spezifische akademische (Zweit-)Heimat für einzelne Zivilgesellschaftsforscher und -forscherinnen aller Disziplinen,
- einen Ort der Policy-Erarbeitung und wissenschaftlichen Politikberatung,
- einen Anziehungspunkt für wissenschaftlichen Nachwuchs,
- ein Zentrum, das durch Publikationen, Veranstaltungen und seine Existenz in die Öffentlichkeit wirkt,
- einen Dialog- und Entwicklungsraum zur Zivilgesellschaft.

In Berlin bestehen exzellente Voraussetzungen, mit einem Projekt ‚Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung' einen wissenschaftlichen Leuchtturm zu installieren, dem aufgrund innovativer Forschungs- und politischer Beratungsleistungen sowie Nachwuchsförderung wissenschaftliche und politische Akzeptanz im nationalen, europäischen und globalen Kontext zukommen kann.

II. Ausgangssituation

Bedeutung und Einfluß der Zivilgesellschaft steigen seit rd. 30 Jahren weltweit exponentiell an. Ohne Einbeziehung der Zivilgesellschaft ist die Entwicklung und Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten heute undenkbar. Von ihr gehen wesentliche Impulse aus. Zivilgesellschaft äußert sich heute in vielen Funktionen:

- Dienstleistungen,
- Themenanwaltschaft,
- Wächter,
- Mittler,
- Selbsthilfe,
- Gemeinschaftsbildung – Solidaritätsstiftung,
- Politische Deliberation.

Über die Verfolgung ihrer je eigenen Ziele hinaus erwirtschaften Organisationen in der Arena der Zivilgesellschaft einen unverzichtbaren Mehrwert:

- Inklusion, Integration
- Reputation
- Partizipation – Schule der Demokratie
- Soziales Kapital
- Beitrag zum gesellschaftlichen Wandel
- Förderung des gesellschaftlichen Friedens
- Subsidiarität - Eigenverantwortung

Aber obwohl sich sowohl auf deutscher als auch auf europäischer und weltweiter Ebene eine sozialwissenschaftliche, in andere Disziplinen ausgreifende Forscher-Community gebildet hat, die eine Zusammenarbeit in gemeinsamen Projekten hervorbringen konnte, fehlt es nach wie vor an einer angemessenen Institutionalisierung der Zivilgesellschaftsforschung. Sie gilt als exotisch – nicht zuletzt, weil sie quer zu den sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen per se auf Interdisziplinarität angelegt ist. Diese Interdisziplinarität ist zugleich eine erhebliche Stärke eines Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung.

Das Bewußtsein über die Relevanz der Zivilgesellschaft ist, besonders in Deutschland, aber auch international, in der politischen Öffentlichkeit, den Medien und der Wissenschaft ebenso unzureichend wie das empirische Wissen darüber. Trotz vieler, z. T. seit über 20 Jahren andauernder Bemühungen einzelner engagierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können Analyse und Begleitforschung mit der Realität nicht Schritt halten. Es besteht daher Einigkeit darüber, daß das Themenfeld Zivilgesellschaft nach wie vor unterforscht ist. Dieses Forschungsdesiderat lässt sich für Europa insgesamt konstatieren, gilt aber in besonderem Maße auch für Deutschland. Weil die Zivilgesellschaft als gesellschaftlicher Faktor ständig an Bedeutung gewinnt, wird der Forschungsrückstand immer eklatanter. Es wird daher ein dringender Handlungsbedarf gesehen, die grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung substanziell weiterzuentwickeln.

III. Aktuelle Lage

Die Zahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland, bestehend aus organisierter Zivilgesellschaft (eingetragene und nicht eingetragene Vereine einschl. Verbände (auch NGO, NRO, NPO), rechtsfähige und nicht rechtsfähige Stiftungen, gemeinnützige Kapitalgesellschaften), Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen, Netzwerken usw. wird auf rd. 1 Million geschätzt, wobei diese Schätzungen nicht auf belastbaren Daten basieren. Ihre Tätigkeit hat neben der demokratiepolitischen eine nicht zu unterschätzende volkswirtschaftliche Bedeutung. Die Organisationen bieten rd. 2 Millionen Arbeitsplätze und erwirtschaften rd. 5% des BIP, vergleichbar den Beiträgen der Automobilindustrie und des Baugewerbes.

Die Organisationen binden rd. 80% des von rd. 23 Millionen Bürgerinnen und Bürgern ausgeübten bürgerschaftlichen Engagements. Die Palette der tatsächlich genutzten Engagementmöglichkeiten reicht von den Freiwilligen Feuerwehren (1,3 Mio. Menschen) und Sportvereinen (20 Mio. aktive und passive Mitglieder) bis zu kleinen und kleinsten, oft aber sehr wirkmächtigen Initiativen.

Eine besondere Bedeutung haben in den letzten Jahren die Stiftungen erlangt, durch große öffentliche Aufmerksamkeit, eine wesentliche Aktivierung ihrer Arbeit und die große Zahl der Neugründungen.

Nachdem sich spätestens seit den 1990er Jahren die fachpolitischen und fachwissenschaftlichen Debatten in Deutschland über die Zivilgesellschaft dynamisiert haben, steht eine Verzahnung mit zahlreichen fachwissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Diskussionen an. Die lange Zeit auf die (neuen) sozialen Bewegungen fokussierten Debatten über Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Demokratisierung haben eine erhebliche Ausdehnung ihres Bedeutungshofs erfahren und erweitern sich in einen breiten Diskurs über die sozialen, kulturellen, politischen, moralischen und bürgerschaftlichen Fundamente der Gesellschaft. Neben zentralen und hochaktuellen Fragen von Engagement- und Demokratiepolitik sowie demokratischen Transformationsprozessen (z.B. „arabischer Frühling“) treten Fragen zu Aufgaben und Funktionen zivilgesellschaftlicher Organisationen als intermediäre Institutionen zwischen Individuum und Gesellschaft in den Vordergrund. Dabei wird speziell in dem sich etablierenden Politikfeld der Engagementpolitik die Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Institutionen und Organisationen im Hinblick auf die Umgestaltung des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements, ebenso in der Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Integrations-, Innen- oder Sportpolitik intensiv diskutiert.

Hinzu kommt – nicht zuletzt in der Folge von „Stuttgart 21“ – eine breite öffentliche Debatte um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Entscheidungsfindung zu öffentlichen Großvorhaben, die sich keineswegs allein auf institutionalisierte Verfahren im Rahmen oder am Rande der repräsentativen Demokratie beschränkt. Der außerordentlichen Dynamik zivilgesellschaftlicher Entwicklungsprozesse im nationalen, europäischen und auch globalen Kontext steht ein bemerkenswertes grundlagen- wie auch anwendungsorientiertes Forschungsdefizit gegenüber, das nicht nur den deutschsprachigen Raum kennzeichnet.

Die großen Fördereinrichtungen der Wissenschaft in Deutschland, bspw. die DFG, haben bisher Zivilgesellschaftsforschung kaum in den Blick genommen. Es gilt, große, insbesondere

auch transdisziplinäre Forschungsprojekte zu erarbeiten, die Fördereinrichtungen dafür zu begeistern und geförderte Projekte durchzuführen, insbesondere unter Einbezug des wissenschaftlichen Nachwuchses. Eine verbesserte Grundlagenforschung kommt der Forschungslandschaft ebenso zugute wie der zivilgesellschaftlichen Praxis und der Formulierung von Zivilgesellschaftspolitik.

Die Defizite führen keineswegs nur zu wissenschaftsinternen Desiderata. Sie führen vielmehr zu mangelhafter Entscheidungsvorbereitung in der Setzung von politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. So werden insbesondere auch Defizite und Grenzen zivilgesellschaftlichen Handelns nicht hinreichend aufgedeckt und thematisiert. Die Folge ist, dass die notwendigen politischen Prozesse ohne wissenschaftlich-empirische Evidenz ablaufen. Dies gilt bspw. für die auf allen politischen Ebenen angelaufenen Initiativen zur Verbesserung von Bürgerbeteiligung, Bürgerdialogen und dergl., aber auch für zahlreiche demographierelevante Aspekte, für die Integration von Migrantinnen und Migranten, für die Stärkung ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements oder die praxisnahe Lösung von sich zuspitzenden Ungleichheitsfragen im Hinblick auf bürgerschaftliches Engagement.

Zwar wird an mehreren wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland Forschung zu Fragen der Zivilgesellschaft betrieben; auch schätzen die meisten beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die entsprechenden einschlägigen Arbeiten und wirken je einzeln in internationalen Zusammenschlüssen (z.B. International Society for Third Sector Research) mit. Es fehlt jedoch eine fachliche Koordination auf deutscher und europäischer Ebene.

IV. Themen / Ansätze / Disziplinen

Im Rahmen der Zivilgesellschaftsforschung werden bislang unsystematisch und ohne Bezug aufeinander folgende Themenfelder bearbeitet:

- Empirie der Zivilgesellschaft (einschl. Datenbanken, Dauerbeobachtung und dergl.)
- Engagementforschung
- Protest- und Bewegungsforschung
- Partizipationsforschung
- Philanthropieforschung
- CSR-Forschung
- Zivilgesellschaftspolitikforschung
- Dritter-Sektor-Forschung
- Vereinsforschung
- Transnationalisierungsforschung

Es gilt, diese Themenfelder miteinander in Beziehung zu setzen, sie wo möglich aufeinander zu beziehen.

An der Zivilgesellschaftsforschung sind u.a. folgende Disziplinen beteiligt:

- Politikwissenschaft,
- Soziologie,
- Philosophie,
- Kulturwissenschaften,

- Rechtswissenschaft,
- Volkswirtschaft,
- Betriebswirtschaft,
- Geschichtswissenschaft,
- Geographie,
- Raumplanung,
- Stadtentwicklung,
- Regionalwissenschaften (Arabistik, Amerikanistik usw.)

Es gilt, Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen in einen Dialog und wo möglich zu Kooperationen zu bringen.

In der Forschung werden unterschiedliche Ansätze verfolgt:

- Theoretische Grundlagenforschung,
- Empirische quantitative und qualitative Sozialforschung (Mikro-, Meso-, Makroebene),
- Ökonomische Ansätze (z.B. Wirkungsforschung),
- Demokratietheoretische Ansätze.

Es gilt, diese Ansätze zu verknüpfen.

An mehreren Stellen wird eine Forschungsinfrastruktur aufgebaut und vorgehalten, bspw.

- im WZB,
- im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (ZIVIZ-Projekt),
- am Maecenata Institut (Datenbank deutscher Stiftungen).

Es gilt, die Infrastruktur an einem zentralen Ort vorzuhalten, vorhandene Lücken zu schließen und alle denkbaren Strukturen für die Forschung und öffentliche Information aufzuarbeiten.

Bei Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern besteht ein großes Interesse an diesen Themen, das aber durch die mangelnde Institutionalisierung gebremst und behindert wird. Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die Eröffnung von Perspektiven der wissenschaftlichen Karriere, die Einrichtung von Nachwuchsforschergruppen, die Ermöglichung von Qualifizierungsarbeiten usw. sind daher ein dringendes Anliegen, das von den einschlägigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in dem Forschungsfeld seit längerem thematisiert wird.

V. Chancen

Exemplarisch lassen sich folgende bestehende Struktureinheiten hervorheben, die gerade im Berliner Raum für die Konzipierung und den Aufbau eines Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung bedeutsam sind:

- Am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) werden schon seit vielen Jahren Forschungsprojekte zur Zivilgesellschafts- und Dritter-Sektor-Forschung durchgeführt. In der quantitativen empirischen Forschung ist das WZB (Dr. sc. Eckhard Priller) führend.

- Seit 1997 besteht in Berlin das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. Das Maecenata Institut koordiniert u.a. einen ‚Berliner Kreis für

Zivilgesellschaftsforschung' als informellen Gesprächskreis erfahrenerer, in Berlin wohnender oder arbeitender und mit diesem Themenfeld befaßter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Seit 1999 besteht am Maecenata Institut ein Forschungscollegium als Zentrum des wissenschaftlichen Austauschs für Nachwuchswissenschaftlerinnen und –wisssenschaftler.

- Seit 2002 besteht in Berlin das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE: Leitung: PD Dr. Ansgar Klein). Im Rahmen des Netzwerks besteht seit 2012 eine Arbeitsgruppe Zivilgesellschaftsforschung (Leitung: Prof. Dr. Adalbert Evers, Prof. Dr. Roland Roth, Dr. Holger Krimmer). Hier wird neben dem interdisziplinären vor allem der transdisziplinäre Austausch zwischen Wissenschaftlern und Akteuren aus der zivilgesellschaftlichen Praxis gepflegt und fortentwickelt.

- Die das Projekt Zivilgesellschaft in Zahlen (ZIVIZ) betreibenden Stiftungen (federführend: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft) suchen für das 2014 auslaufende Projekt eine längerfristige Lösung, um die dringend erforderliche Verbesserung und Verstetigung der quantitativen Empirie der zivilgesellschaftlichen Organisationen langfristig fortzuführen.

- 2012 wurde in Berlin ein Institut für Protest- und Bewegungsforschung (IPB) gegründet. Maßgeblich beteiligt sind u.a. Prof. Dr. Dieter Rucht, Prof. Dr. Roland Roth und PD Dr. Heike Walk, die zu dieser Thematik ausgewiesen sind. Der Aufbau des Institut wird seitens des WZB und der TU Berlin unterstützt. U.a. wird hier eine empirische Wissensgrundlage zu Protesten in Deutschland vorgehalten und fortgeschrieben.

- Der Dean der Hertie-School of Governance, Prof. Dr. Helmut Anheier, ist ein langjährig ausgewiesener Fachmann für Zivilgesellschaftsforschung, nicht zuletzt als Wissenschaftlicher Direktor des Centrums für soziale Investitionen der Universität Heidelberg.

- Mehrere in Berlin vertretene Stiftungen (z.B. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Körber Stiftung, Stiftung Mercator, Bertelsmann Stiftung, BMW Stiftung Herbert Quandt usw.) sind an der Bearbeitung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Fragestellungen interessiert.

VI. Standort Berlin

Berlin ist nicht nur nationaler Regierungssitz, sondern auch eine der führenden europäischen Wissenschaftsmetropolen. Berlin ist auch Standort großer internationaler, europäischer und nationaler Organisationen der Zivilgesellschaft. Unternehmen haben Hauptstadtbüros und sind gerade dort im Rahmen ihrer Public-Affairs- und Lobby-Tätigkeiten mit Fragen der Corporate Social Responsibility befasst.

- Die Berliner Wissenschaftslandschaft mit ihren zahlreichen Einrichtungen ist im Hinblick auf die Zivilgesellschaftsforschung im Aufbruch. Der wissenschaftliche Fokus des neuen Zentrums kann durch eine systematische Vernetzung der im Berliner Wissenschaftsraum

gegebenen Bezüge und Akteure ausdifferenziert werden, um auf diese Weise eine Leerstelle in der deutschsprachigen und sogar internationalen Wissenschaftslandschaft zu besetzen.

- Der Standort Berlin bietet einem Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung eine besondere Chance auf wissenschaftliche wie auch politische und öffentlich-mediale Wahrnehmung. So kann das Zusammenspiel von Wissenschaft, Politik und Praxis in besonderer Weise zu einem Kennzeichen des zu etablierenden Zentrums werden.

- Weitere Einrichtungen und Projekte kommen darüber hinaus für eine Einbindung in Betracht bspw.
    - ❖ das Berlin Civil Society Center (eine Fortbildungseinrichtung für große internationale NGO),
    - ❖ das Hauptstadtbüro des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (mitverantwortlich für den 1. Engagementbericht der Bundesregierung 2012),
    - ❖ die Vereinigung Aktive Bürgerschaft e.V.,
    - ❖ das Bündnis für Gemeinnützigkeit (ein Zusammenschluß zivilgesellschaftlicher Dachverbände),
    - ❖ Active Philanthropy (Beratung und Grundlagenarbeit zu Philanthropie).

- Außerhalb von Berlin bestehen mehrere wissenschaftliche Einrichtungen und arbeiten mehrere bekannte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf dem Gebiet der Zivilgesellschaftsforschung bzw. einem ihrer Teilgebiete. Eine enge Kooperation mit diesen erscheint wünschenswert und möglich, zumal einige Einrichtungen Büros in Berlin unterhalten.

- Eine Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen in Europa und darüber hinaus ist anzustreben. Der Kongreß der International Society for Third Sector Research, der 2014 erstmals in Deutschland stattfindet, bietet Gelegenheit, sich den ausländischen Kolleginnen und Kollegen vorzustellen. Besonders interessant erscheint ein intensiver Austausch über Fellowships, Stipendien und dergl.

VII. Mitarbeit

Eine aktive Mitarbeit an dem Zentrum muß auf mehreren Ebenen und in mehreren Formen ermöglicht werden, bspw.:

- Trägerschaft bzw. Mitträgerschaft
- Förderung
- Mitgliedschaft (institutionell oder personal)
- Assoziierte Mitgliedschaft (für auswärtige Kolleginnen und Kollegen)
- Netzwerkpartner
- Fellow,
- Collegiatin / Collegiat
- usw.

Als institutionelle Träger oder Mitträger bzw. für eine institutionelle Anbindung kommen in Betracht:

- Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
- Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB),
- Private Universitäten, z.B. Humboldt-Viadrina School of Governance,
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
- Maecenata Stiftung
- Weitere Stiftungen

Zu denken wäre auch an eine Konstruktion wie die des Zentrums Moderner Orient, das vom Verein Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin e.V. getragen wird, dem unter anderem die Berliner Universitäten und mehrere Akademien angehören.

VIII. Arbeitsprozeß

Seit November 2013 finden mit maßgeblichen Experten und Institutionen Sondierungsgespräche statt. Im Ergebnis konnten und können Optionen ausgeschlossen bzw. einbezogen werden.

Für die Mitarbeit in einem Gründungsbeirat konnten bisher gewonnen werden:

- Professor Dr. Jürgen Kocka,
- Professor Dr. Herfried Münkler.

Weitere Persönlichkeiten haben eine Mitwirkung in Aussicht gestellt.

Nächste Arbeitsaufgaben sind:

- die Erstellung eines detaillierteren Exposés zu den wissenschaftlichen Inhalten, Aufgaben und Zielsetzungen des Zentrums;
- die Erstellung eines detaillierteren Exposés zu den politischen Zielsetzungen des Zentrums;
- die Konkretisierung der Optionen zur Trägerstruktur des Zentrums;
- die Konkretisierung der Finanzierungsoptionen des Zentrums.

Forschungsagenda

I. Vorbemerkung

Zivilgesellschaftsforschung kann unter verschiedenen Gesichtspunkten erfolgen. Bedingt durch die Vielfalt und Komplexität der Thematik bietet sich ein breiter Korridor für die Forschungsausrichtung an. Auswahl, Konzentration und Beschränkung sind deshalb in einem besonderen Maße gefordert. Ein Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung muss dabei einerseits einen komplexen Zuschnitt erhalten, sich aber andererseits um eine systematische Auswahl von Forschungsprojekten bemühen. Durch die gezielte Auswahl werden bewusst bestimmte Bereiche und Themen unberücksichtigt bleiben. Andererseits ist die Forschungsausrichtung eines solchen Zentrums im gegenwärtigen Zeitpunkt ein nicht abgeschlossener Prozess. Sowohl in Abhängigkeiten von den tatsächlichen Entwicklungen der zivilgesellschaftlichen Praxis als auch von dem Entwicklungsstand der theoretischen und empirischen Forschung sind Möglichkeiten für Veränderungen und Entwicklungen der Ausrichtung offen zu halten. Insofern stellen die Darstellungen der folgenden Forschungsagenda auch Schwerpunktsetzungen dar, die zur Diskussion stehen.

II. Zentrale Forschungsobjekte zivilgesellschaftlicher Forschung:

Organisationen und Individuen

Das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung konzentriert sich auf zwei Forschungsobjekte - die organisationale Ebene (zivilgesellschaftliche Organisationen) und die individuelle Ebene (Menschen als Bürger, Mitglieder und Engagierte).

Bei der Betrachtung zivilgesellschaftlicher Organisationen geht es um die Untersuchung der Rolle der verschiedenen Formen zivilgesellschaftlicher Organisationen – angefangen von weitgehend unstrukturierten Gruppen, sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden über weitere gemeinnützige Organisationen wie gGmbHs, Genossenschaften bis hin zu Stiftungen. Gewerkschaften und Parteien gehören zwar ebenfalls in das Spektrum, sie stehen aber nicht im Fokus, da zu diesen Formen bereits relativ umfangreich geforscht wird und entsprechende Forschungseinrichtungen (verschiedene Institute und Lehrstühle) vorhanden sind. Zu untersuchen sind die Spezifik und die Entwicklung der einzelnen Formen, ihre inneren Strukturen und die Veränderungen in der Ausrichtung und Arbeitsweise. Dies ist besonders hinsichtlich der Funktionalität der Organisationen in Bezug auf die Zivilgesellschaft zu untersuchen.

Diese Ausrichtung trifft ebenfalls für die zweite Betrachtungsebene zu: Menschen als Bürger, Mitglieder und Engagierte. Während unter der Perspektive als Bürger vor allem partizipative Prozesse der demokratischen, sozialen und kulturellen Beteiligung zu untersuchen sind, gilt es sie als Mitglieder und Engagierte in Relation zu den zivilgesellschaftlichen Organisationen zu setzen. Daneben darf auch der liberale Ansatz im Sinne des Grundrechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit nicht außer Betracht bleiben.

Weitere Forschungsgegenstände sind die Bezüge von Zivilgesellschaft zu Staat und Wirtschaft auf unterschiedlichen räumlichen Betrachtungsebenen. Hier geht es vor allem um die Untersuchung von Spannungsverhältnissen zwischen der Zivilgesellschaft auf der einen und dem Staat und Wirtschaftsunternehmen auf der anderen Seite. Die Betrachtung von potentiellen und in der Praxis vorhandenen Konfliktfeldern wurde bislang weitgehend vernachlässigt; es wurde eher von einem harmonischen Verhältnis und wechselseitig unterstützenden Wirkungen der drei Sektoren ausgegangen. Dies lässt sich gerade auf der internationalen Ebene z.B. bei der Betrachtung der Situation in Krisenländern und bei Konflikten so nicht aufrechterhalten.

III. Räumliche Betrachtungsebenen:

Lokale, nationale, europäische und globale Perspektiven

Zivilgesellschaft spielt räumlich auf unterschiedlichen Ebenen eine Rolle. Zunächst findet Zivilgesellschaft primär auf der lokalen Ebene statt. Ein großer Teil der zivilgesellschaftlichen Organisationen ist im Lokalen angesiedelt und verankert. Auch das individuelle zivilgesellschaftliche Engagement realisiert sich in einem hohen Maße auf dieser Ebene. Zivilgesellschaftsforschung muss sich also dieser Praxis und damit den lokalen Strukturen und Gemeinschaften zuwenden. Bislang hat dieser Aspekt in der Forschung eher eine untergeordnete Rolle gespielt. Er muss deshalb eine stärkere Aufmerksamkeit erfahren.

Gleichzeitig ist Zivilgesellschaft nicht auf diesen lokalen Raum zu beschränken und ist deshalb in einem besonderen Maße in der nationalen, europäischen und globalen Perspektive zu untersuchen. Die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation auf nationaler Ebene reflektiert sich u.a. in der Existenz und den Aktivitäten von auf nationaler Ebene agierenden Organisationen. Oft wird ein nationaler Anspruch durch spezielle Vereine bzw. Verbände oder Dachverbände verfolgt. Inwiefern sich auf europäischer und transnationaler Ebene bereits ein adäquates Netz solcher Organisationen herausgebildet hat und mit welchen Spezifika es agiert, wäre durch das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung zu untersuchen. Gleichzeitig ist die spezielle Organisationslandschaft in der europäischen und transnationalen Perspektive ein fundamentaler Untersuchungsschwerpunkt.

IV. Themenfelder

Vor dem Hintergrund der Matrix, die durch die skizzierten Forschungsobjekte und räumlichen Betrachtungsebenen gebildet wird, lassen sich verschieden Themenfelder ausmachen, die zu bearbeiten sind. Beispielhaft sind folgende Themen zu nennen:

- Forschung zur Zivilgesellschaft bei der Friedenssicherung sowie ihre Rolle im Krisen- und Kriegsfall;
- Forschung zur Rolle der Zivilgesellschaft bei der Wohlfahrtsentwicklung und -sicherung, ihr Einfluss auf Armut und soziale Ungleichheit;

- Forschung zu Zivilgesellschaft und Arbeit (Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Sicherung von Mindeststandards in der Arbeit, Beschäftigung in zivilgesellschaftlichen Organisationen);
- Forschung zum Verhältnis von Zivilgesellschaft und Religionen;
- Forschung zur Rolle der Zivilgesellschaft bei der Demokratieentwicklung, Partizipation und beim allgemeinen Engagement der Bürgerinnen und Bürger;
- Forschung zum Stellenwert und zur Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen;
- Forschung zur Verantwortung der Wissenschaft für die Zivilgesellschaft;
- Forschung zu den Grundlagen der Erfassung des Umfangs und der Entwicklung der Zivilgesellschaft.

V. Forschungsergebnisse

Das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung muss durch markante Ergebnisse seine Arbeit sichtbar machen. Die Ergebnisse sind in unterschiedlichen Arenen zu verorten:

- Publikationen;
- Berichte;
- Konferenzen und Tagungen

Es hat künftig eine regelmäßige wissenschaftliche Berichterstattung zur Zivilgesellschaft zu erfolgen. Diese kann sich in ihrer ersten Ausbaustufe auf Deutschland beschränken, ist aber so rasch wie möglich über die nationale Ebene hinaus auf Europa auszuweiten. Inwiefern eine weltweite Ausrichtung möglich ist, muss zu einem späteren Zeitpunkt geprüft werden. Die Berichterstattung hat neben der wissenschaftlichen Beratung von Politik und zivilgesellschaftlicher Akteuren das Ziel, die Öffentlichkeit zu informieren und den Diskurs zur Zivilgesellschaft zu intensivieren. Eine solche institutionalisierte Form der wissenschaftlichen Berichterstattung zur Situation und Entwicklung der Zivilgesellschaft existiert bislang nicht. Der Bericht ist u.a. dem europäischen Parlament zur Verfügung zu stellen.

Reihe Opuscula

Frei verfügbar auf www.opuscula.maecenata.eu

2012	**Nr. 54**	**Zivilgesellschaft und Integration** Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Integrationsbegriff und der Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements – drei Fallbeispiele *Karsten Holler, Thomas Pribbenow und Stefan Wessel*
	Nr. 55	**Der Armutsdiskurs im Kontext der Zivilgesellschaft** Drei Studien über Wirkungsmessung und Wahrnehmung als Erfolgsfaktoren *Markus Edlefsen, Johanna Mielke und Marius Mühlhausen*
	Nr. 56	**Das philanthropische Netzwerk und sein Stellenwert für die Stadtentwicklung** *Colin Beyer*
	Nr. 57	**Bürgerengagement zwischen staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation** Die Wirkung des bundespolitischen Bürgergesellschaftsdiskurses auf die Etablierung einer deutschen Engagementpolitik *Daniela Neumann*
	Nr. 58	**Chinas philanthropischer Sektor auf dem Weg zu mehr Transparenz** *Dorit Lehrack*
	Nr. 59	**Zweifelhafte Autonomie** Zur Orientierung gemeinnütziger Organisationen an sozialen Investitionen. Eine neoinstitutionalistische Perspektive. *Marius Mühlhausen*
	Nr. 60	**Für das Gemeinwohl? Politische Interessenvermittlung durch Stiftungen:** eine organisationstheoretische Analyse der Legitimität *Marisa Klasen*
	Nr. 61	**Stiftungen als aktiver Teil der Bürgergesellschaft** Von Nutzen und Nachteil der Stiftungen für das politische und gesellschaftliche Leben in Deutschland *Herfried Münkler*
2013	**Nr. 62**	**Bürgerstiftungen in den Printmedien** *Berit Sandberg und Sarah Boriés*
	Nr. 63	**Formen sozialer Ordnung im Vergleich:** Hierarchien und Heterarchien in Organisation und Gesellschaft *Julia Dreher*
	Nr. 64	**Kooperationen und die Intention zum Wir** Ansätze einer kooperativ-intentionalen Handlungstheorie *Katja Hintze*
	Nr. 65	**Der Auftritt der Zivilgesellschaft im transdisziplinären Trialog zur Energiewende** *Elgen Sauerborn*
	Nr. 66	**6. Forschungsbericht: Statistiken zum deutschen Stiftungswesen** *Maecenata Institut (Hrsg.)*
	Nr. 67	**Corporate Social Responsibility im Spannungsfeld zwischen individueller und institutioneller Verantwortung** *Emanuel Rauter*
	Nr. 68	**Forschung, Technik und Zivilgesellschaft** Dossier über ein neuartiges Beteiligungsformat *Wolfgang C. Goede*
	Nr. 69	**The Role of Awqaf in the 21st Century** An Update on the Development of Islamic Foundations *M Hisham Dafterdar and Murat Cizakca*
	Nr. 70	**The Potential of German Community Foundations for Community Development** *Thomas Krikser*
2014	**Nr. 71**	**Work + Life = Balance?** Hauptamtliche in kleinen und mittleren Nonprofit-Organisationen *Tino Boubaris*
	Nr. 72	**Stiftungen als Anwälte der Zivilgesellschaft - Ideal oder Wirklichkeit?** *Mareike van Oosting*
	Nr. 73	**Zivilgesellschaftliche Entwürfe in den Bürgerbewegungen der DDR (1986-1990) im ostmitteleuropäischen Kontext: Gemeinsamkeiten und Unterschiede** *Peter Wellach*
	Nr. 74	**Civil Society in the ‚Visegrád Four'** Data and Literature in the Czech Republic, Hungary, Poland and Slovakia *Maecenata Institute (ed.)*

URN: urn:nbn:de:0243-082014op754

ISSN (Reihe Opuscula) 1868-1840